

Sehr geehrter Herr Lübbecke, sehr geehrte Mitglieder der NABU Gruppe Marburg,

Vielen Dank für die Einreichung Ihrer Wahlprüfsteine und für Ihr Engagement im Naturschutz. Unten finden Sie meine Antworten der einzelnen Fragen.

Ich hoffe, dass es bald zu einer Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Klimaliste (unter anderem zu denen in den Wahlprüfsteinen genannten Themen) kommen kann. Wir würden sehr von Ihrer Expertise profitieren.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen
Mariele Diehl von der Klimaliste

1. Welches Konzept haben Sie zur Verbesserung des **ÖPNV** und zur **Verkehrsentlastung der Innenstadt**?

Ein Ausbau des ÖPNV-Netzes wurde in der Vergangenheit immer mit dem Argument abgelehnt, dass es sich aufgrund zu geringer Nachfrage nicht lohnen würde.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es diese hohe Nachfrage nicht, weil Autofahren noch immer die viel attraktivere Alternative darstellt, gerade bei Personen, die nicht im Marburger Kernstadt- Gebiet leben.

Aus diesem Grund muss man in Marburg erstens Alternativen zum Autofahren schaffen und diese attraktiver machen, wie:

- Ausweitung des vergünstigten RMV-Jahrestickets (365 €/Jahr) auf alle Personengruppen, unabhängig vom Einkommen, Alter, Status usw. (Kostenerstattung für Menschen ohne regelmäßiges/geringfügiges Einkommen)
- Ausbau des ÖPNV-Netzes und höhere Frequenz der Fahrten (ggf. an besondere Uhrzeiten wie Trainingszeiten von Sportvereinen koppeln), besonders außerhalb der Kernstadt
- Flexible/kostengünstige Transportmöglichkeiten für Senior*innen (z. B. Bürgerbus- Modell)
- Ausgabe einer kostenlosen RMV-Karte an Neubürger*innen für den ersten Monat nach Anmeldung im Landkreis, um eine gewohnheitsmäßige Nutzung des ÖPNV-Angebots anzuregen
- Car- und Ridesharing-Möglichkeiten auch außerhalb der Stadt
- Ausbildungsoffensive und Schaffung einer höheren Attraktivität (Bezahlung, Arbeitszeiten) für Busfahrer*innen, Zugführer*innen und das Begleit- und (technisches) Servicepersonal
- Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, um den ländlichen Raum besser an städtische Zentren anzuschließen
- Ausbau der Radwege bzw. Anlegen von Fahrradstraßen (und zwar nicht auf Kosten der Fußwege, sondern z. B. durch Neuausweisung ehemaliger (Auto-)Straßen als Fahrradstraßen)
- Eine Erneuerung des Fahrradampelsystems nach dem Prinzip des grünen Blechpfeils

- Mehr (überdachte) Fahrradstellplätze in der Stadt
- Förderung und Ausbau privater und öffentlicher Fahrrad-, Lastenfahrrad- und E-Lastenfahrrad-Verleihsysteme (z. B. Nextbike) mit Hilfe von lokalen Fahrradhändlern
- Dauerhafter Verleih von Rädern ohne zwischenzeitliche Rückgabe (mit Halb-/Jahresleihgebühr inklusive Reparatur in (Nextbike-)Reparaturzentren
- Sicherheit im Fahrrad- und Fußverkehr erhöhen (wie dies erreicht werden könnte entnehmen Sie bitte unserem Wahlprogramm unter Verkehr und Mobilität)

Und zweitens das Autofahren (bei gegebenen Alternativmöglichkeiten) unattraktiver machen, zum Beispiel durch:

- Tempobegrenzung auf 30 km/h in der Innenstadt, 20 km/h in den Wohngebieten, mit dem langfristigen Ziel einer autofreien Innenstadt
- Tempobegrenzung auf 60 km/h auf der Stadtautobahn
- Entwicklung einer modernen, klimafreundlicheren Stellplatz-Planung entwickeln (wie diese aussehen könnte entnehmen Sie bitte unserem Wahlprogramm unter Verkehr und Mobilität)
- Erhöhung der kommunalen Verwaltungsgebühr bei der Zulassung neuer PKWs mit hohem Kraftstoffverbrauch
- bis 2035 Fahrverbot für alle Autos mit Verbrennungsmotoren in Marburg
- Entwicklung von Konzepten, um Bundesstraßen im Landkreis durch Verkehrsreduktion zu entlasten
- Überbauung/Übertunnelung der Marburger „Stadtautobahn“ mit anschließender Begrünung bzw. Bestückung mit PV-Anlagen

Nur, wenn einerseits neue und an die Bedürfnisse der Bürger*innen angepasste Alternativen zum Autofahren geschaffen werden und es so Anwohner*innen ermöglicht wird, weitestgehend auf die Nutzung privater PKWs zu verzichten oder ganz autofrei zu leben, doch gleichzeitig auch nicht davor zurückschreckt wird, konsequent das Autofahren unattraktiver zu machen, kann es in Marburg zu einer innerstädtischen Verkehrswende kommen.

Doch um eine Verkehrswende konsequent umzusetzen ist Bürger*innenbeteiligung unerlässlich. Und das nicht nur im Rahmen einzelner Veranstaltungen, sondern im ganzen Entscheidungsprozess von Maßnahmen.

2. Welches Konzept haben Sie, um dem fortschreitenden **Insektensterben** und dem **Artenschwund (Flora und Fauna)** entgegenzuwirken?

Wir Menschen sind Meister*innen darin neue Gesellschaftssysteme, Finanzsysteme und Wirtschaftssysteme zu schaffen - Ökosysteme jedoch

können wir nicht schaffen. Und gleichzeitig können wir nur in diesen Ökosystemen, mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten, leben. Doch die Art und Weise, wie wir konsumieren, bauen, Flächen versiegeln, Böden nutzen und das Klima schädigen destabilisiert das Ökosystem, in dem wir leben, in großen Teilen. Das sechste Massenaussterben ist längst im vollen Gange. Und nicht nur die Artenvielfalt nimmt rasant ab, auch die genetische Vielfalt innerhalb von Arten. Um wieder in einem widerstandsfähigen und stabilen Ökosystem leben und wirtschaften zu können, ist umfangreicher Artenschutz unerlässlich.

Artenschutz ist ein hochkomplexes Themenfeld, das in viele Bereiche hereinreicht, weshalb es unmöglich ist hier ein allumfassendes Konzept vorzustellen. Deshalb werde ich mich in der Beantwortung dieser Frage nur auf die städtischen Flächen beschränken. Jedoch haben wir in unserem Wahlprogramm unter <https://www.klimaliste-hessen.de/marburg/> auch gemeinsam mit Expert*innen detailliertere Konzepte zum Naturschutz, zu einer Landwirtschaft, die diese Naturschutzziele unterstützt und zur Wald und Forstwirtschaft erarbeitet.

Maßnahmen, die die Klimaliste Marburg für den Artenschutz auf städtischen Flächen vorschlägt:

- Ausschließlicher Einsatz heimischen Saatguts aus gesicherter Herkunft auf städtischen Flächen sowie auf Gründächern, da dieses besser an örtliche Gegebenheiten angepasst ist und somit z. B. Trockenphasen besser verträgt
- Toleranz gegenüber Wildpflanzen, die sich von selbst ansiedeln (sog. Spontanvegetation, als Teil des Stadtgrünkonzeptes (insbesondere auf Flächen, deren Artenreichtum noch nicht durch erhöhten Nährstoffeintrag oder gebietsfremde Arten reduziert wurde)
- Seltener Mahd städtischer Wiesen, d. h. außerhalb der Blühzeiten, für den Insektenschutz und Stehenlassen eines Teils der Vegetation (mit Ausnahme von Liege- und Spielflächen, z. B. Lahnwiesen)
- Sparsames Beschneiden von Gehölzen und Bäumen, um Schutz- und Brutmöglichkeiten für Vögel und andere Tiere zu erhalten
- Mut zur vermeintlichen „Unordnung“: Auch im Siedlungsbereich sollten Kleinstrukturen wie Totholz, lückige Rasenflächen, Laubhaufen usw. erhalten werden
- Förderung von Mikrowäldern auf öffentlichen Grünflächen, Schulhöfen, Firmengeländen und Privatgrundstücken
- „Schottergärten“ verbieten: Begrünte Gärten sind wertvoll für das Stadtklima, lassen Wasser einsickern und bieten im besten Falle Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten
- Anreize und Beratung für Besitzer*innen von Privatgärten für naturnahes Gärtnern

- Naturschutz bei Gebäudesanierungen einbeziehen u.a. durch konsequenten Ersatz von wegfallenden Brut- und Ruhemöglichkeiten und dadurch, dass Förderungen von Sanierungsvorhaben an artenschutzrechtliche Bedingungen geknüpft werden
- Bestände von Brut- und Ruhestätten in Wohnvierteln prüfen, Quoten für Nisthilfen umsetzen
- Bei Neubauten: Generell Verwendung von Animal-Aided-Design (die Bedürfnisse stadtbewohnender Wildtiere in die Planung einbeziehend), auch hier Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude wahrnehmen
- Umsetzung von Schutzmaßnahmen gegen Vogelschlag an allen Gebäuden in öffentlicher Hand – insbesondere spiegelnde Flächen sind zu vermeiden, bei Neubauten Pflicht zu wirksamen Schutzmaßnahmen gegen Vogelschlag
- Aufklärung der Bevölkerung zur Vermeidung von Vogelschlag
- Minimierung der Lichtverschmutzung zum Wohle nachtaktiver Insekten und anderer Tiere durch überarbeitete Konzepte für Straßenbeleuchtung wie Abschaltzeiten und Bewegungsmelder im öffentlichen Raum
- Entwicklung einer wirksamen „Entsiegelungsstrategie“, Ausgleich von neuer Versiegelung durch Entsiegelung und ggf. Renaturierung an anderer Stelle, z. B. an Ufern und Gewässerrändern
- Förderung von Auen und natürlichen Gewässerrändern, in Marburg speziell an der Lahn

Doch Natur- und Artenschutz können nur erfolgreich sein, wenn Bürger*innen, Vereine und Verbände sowie die kommunalen Entscheidungsträger*innen zusammenarbeiten. Wir möchten deshalb eng mit diesen Vereinen und Verbänden kooperieren, da diese über das beste Wissen über lokale Vorgänge verfügen. Sie sind einer dieser Vereine und bringen ein umfangreiches Wissen über Natur- und Artenschutz in Marburg und Umgebung mit. Deshalb laden wir Sie ausdrücklich zur Zusammenarbeit ein. Ich denke, ich spreche im Sinne aller Klimalist*innen-Mitglieder, wenn ich sage, wir können von Ihnen sicherlich viel lernen.

Auch die Einbindung der Landwirt*innen ist wichtig, um in der Fläche Natur- und Artenschutz zu betreiben (siehe auch Abschnitt Landwirtschaft im Wahlprogramm). Darüber hinaus streben wir auf der Ebene des Landkreises eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbeirat an. Die Klimaliste folgt hierbei wie auch bei anderen Themen dem Motto "Expertise ernst nehmen - Empfehlungen lokal umsetzen".

Neben ehrenamtlichen Aktivitäten ist eine gute Besetzung von hauptamtlichen Stellen in der Naturschutzverwaltung vonnöten. Hier wären Personalstellen so zu besetzen, dass bspw. in der Stadt Marburg ein Maßnahmenplan zur Umsetzung einer begrüneten Stadt möglich wird. Dazu benötigt es zusätzliches fachlich gut ausgebildetes Personal, welches vorhandene Flächen bezüglich ihres Potentials für die Artenvielfalt bewerten und nachhaltige Verbesserungen

vornehmen kann. Auch im Kreis muss die Schaffung neuer Stellen für Maßnahmenpläne bspw. für die bestehenden Flächen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie erwogen werden.

3. Welches Konzept haben Sie, um **Biotope wie Wegränder, Hecken und Gewässer** besser zu schützen? Sind Ihnen die bestehenden Probleme bekannt?

Positiv in diesem Kontext zu nennen ist das Projekt des Kreises Marburg-Biedenkopf in Kooperation mit Kirchhain, Neustadt und Stadtallendorf zum Heckenmanagement seit 2020, das einen Beitrag zum integrierten Klima- und Artenschutz leisten soll.

Solche Projekte sollten ausgebaut und ggf. auch für andere Biotope, wie zum Beispiel Wegränder, angepasst werden.

Generell sollte Vertragsnaturschutz nicht nur im Rahmen der FFH-Gebiete langfristig erfolgen, um Biodiversität nachhaltig zu sichern.

Gewässer und Ufer sind für den Naturschutz von großer Bedeutung. Hier verfolgt die Klimaliste Marburg eine konsequente Entsiegelungsstrategie, um verlorengegangene Lebensräume im Uferbereich neu erschließen und begrünen zu können. Von der weiteren Nutzung der Lahn in Form von Kleinwasserkraftwerken halten wir wenig, denn Kleinwasserkraftwerke gehen oft mit großen Kosten im Naturschutz einher und nach unseren Einschätzungen kann die Deckung des Bedarfs an Erneuerbarer Energie auch durch einen konsequenten Ausbau von Windkraft und Solarenergie erfolgen.

Das Abreißen und Neubauen des Grüner Wehrs, sowie ggf. eine Betonplattform am Lahnufer lehnen wir ab und sprechen uns stark für eine denkmalgerechte und vor allem naturschutzkompatible Sanierung des Grüner Wehrs aus.

In Marburg wird zudem immer wieder die Vermüllung des Ufers bemängelt. Diese illegale Abfallentsorgung sollte strenger mit Bußgeldern geandert werden und Bildungskampagnen (wie zum Beispiel in Schulen, oder durch Schilder am Rand der Naturschutzgebiete) auf die Auswirkungen der Vermüllung aufmerksam gemacht werden. Hier könnte eine Strategie, zum Beispiel zusammen mit den Lahntauchern oder anderen Gruppierungen, die sich gegen die Vermüllung des Ufers und der Lahn einsetzen, erarbeitet werden. Zu überlegen wären zum Beispiel auch mehr Alternativen zur Müllentsorgung, wie durch mehr öffentliche Mülleimer in Ufernähe, zu schaffen.

Saumbiotop, Hecken und Feldraine, die vielen Vögeln, Insekten und anderen Tieren als Lebensraum dienen, können zum Beispiel geschützt werden, indem stärker kontrolliert und sanktioniert wird, ob Feldwege und -raine beim Pflügen von Ackerland mitumgebrochen werden.

Um eine noch umfangreichere Strategie zum Schutz der in der Frage angesprochenen Biotope auszuarbeiten würden wir sehr gerne mit Ihnen

zusammenarbeiten. Wenden Sie sich von daher gerne jeder Zeit mit Ideen an uns.

4. Wie stehen Sie zur Einrichtung eines „**Runden Tisches**“, an dem Kommunalpolitiker, Vertreter aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutzverbänden und Behörden ein- bis zweimal jährlich die Entwicklung der Region besprechen und die bestehenden Konflikte austragen? Ein entsprechendes Modell existiert im Nachbarkreis Gießen. (AK Lebensraum Feldwege)

Dazu gibt es von der Klimaliste meines Erachtens nach noch keine Stellungnahme. Ich selbst halte eine solche Vernetzung jedoch für äußerst sinnvoll. Klimaschutz muss immer aus einer systemischen und vernetzten Perspektive betrachtet werden. Auch wenn Klimaschutz oftmals (wie auch in unserem Wahlprogramm) zur Vereinfachung in einzelne Themenbereiche unterteilt wird, so darf dies keinesfalls über die hochkomplexen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen diesen Bereichen hinweg täuschen. Eine weiträumige Zusammenarbeit von Expert*innen verschiedener Bereiche ist deshalb zwingend notwendig für erfolgreichen Klimaschutz. Auch sollten an einem solchen "Runden Tisch" die Perspektiven von Bürger*innen nicht fehlen.

Sinnvoll wäre vielleicht, abgesehen von einem großen "Runden Tisch" für die gesamte Region, kleinere "Runde Tische" innerhalb von Dörfern und Stadtteilen anzuregen. Hier sollten auch Bäcker*innen, Kindergärtner*innen, Arbeitnehmer*Innen von ansässigen Betrieben, Landwirt*innen usw. einen Platz haben. Eine Aufgabe eines solchen runden Tisches wäre das Erarbeiten einer Strategie, wie bestimmte Stadtteile, Kaufhäuser, Krankenhäuser usw. klimaneutral werden können und wie sich gegenseitig unterstützt werden kann. So kann eine Landwirtin vielleicht direkt das Essen für einen Kindergarten liefern, oder vielleicht sogar ein Senior*innenheim seine Kantine mit der einer Schule zusammenlegen, um Energie zu sparen. Konsumkreisläufe können so regionaler und nachhaltiger umgestaltet werden, mit der positiven Nebenwirkung, dass das Miteinander in Dörfern und Stadtteilen gestärkt werden kann.

5. Was gedenken Sie gegen zu starke Lichtemissionen („**Lichtverschmutzung**“) zu unternehmen? Wie stehen Sie zu dem, was diesbezüglich z. B. in der „Sternenstadt Fulda“ praktiziert wird?

Lichtverschmutzung ist ein Problem, das viele Tiere, nicht nur Insekten oder andere nachtaktive Tiere beeinflusst, sondern auch tagaktive Lebewesen, darunter auch uns Menschen. Zum Wohle dieser Tiere sollte Lichtverschmutzung deshalb minimiert werden.

Hierzu sollte die öffentliche Beleuchtung auf Notwendigkeit überprüft werden. Daneben müssen generell insbesondere im Frühjahr und Sommer Abschaltzeiten festgelegt und intelligente Lösungen wie bspw. Bewegungsmelder für öffentliche Beleuchtungen gefunden werden.

Von der "Sternenstadt Fulda" kann sich Marburg viel abschauen. Zum Beispiel das Beachten der Insektenfreundlichkeit (wie in der Lichtfarbe, Lichtlenkung und Lichtsteuerung) bei dem schrittweisen umstellen auf LED-Straßenbeleuchtung. Wenn ohnehin auf LED umgestellt wird, wie es auch in Marburg nach und nach entsteht, ist es nur ein geringfügiger ökonomischer Mehraufwand hier auf Insektenfreundlichkeit zu achten.

6. Was kann die Kommunalpolitik tun, um in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen/Kitas, und auf **öffentlichen Grünflächen, mehr Naturerfahrung** herzustellen? (Stichwort „Essbare Stadt“).

Geschützt wird oft nur das was gekannt und wertgeschätzt wird. Erfahrungen in der (frühen) Kindheit können dabei stark prägen. Gerade Bildung über Umwelt- und Naturschutz darf nicht nur theoretisch im Frontalunterricht im Klassenraum stattfinden, sondern muss direkt durch vielfältige Naturerfahrungen gefördert werden.

Erreicht werden kann dies zum einen durch eine konsequente Entsiegelungsstrategie öffentlicher Flächen und Begrünung dieser, vor allem in Form von Blühwiesen, die eine möglichst hohe Artenvielfalt fördern. So werden die Berührungspunkte von Schüler*innen und Anwohner*innen mit der Natur auch innerhalb der Stadt maximiert.

Natur lässt sich auch direkt in die Schulen und Kindergärten holen. Eine teilweise Entsiegelung von Schulhöfen, die oftmals nur aus Betonflächen bestehen und ein Anlegen von Gärten, Mini-Wäldern und Wiesen, erhöht nicht nur den Erholungswert von Pausen, sondern regt Schüler*innen dazu an Natur zu erforschen, kennenzulernen und selber Verantwortung, wie über ein Blumenbeet, zu übernehmen. Auch laden diese "wilden Ecken" auf Schulhöfen zu vielfältigen Spielideen, wie Rumturnen und Verstecken ein. Natürlich bringt das auch viele Herausforderungen mit sich, doch anhand dieser Herausforderungen lässt sich ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur schon in der Kindheit erlernen. Lohnenswert wäre auch eine direkte Beteiligung von Grundschulen und weiterführenden Schulen am Aufbau von Projekten, wie Bienenhotels, dem Anlegen öffentlicher Gärten und Blühwiesen usw. Ein Interesse und direkten Zugang zu diesen Projekten kann zum Beispiel durch Nistkastenkameras und Bienenhotels zum Reingucken gefördert werden.

Im Kindergartenbereich hat sich das Konzept des Waldkindergartens bereits vielfältig bewährt. Nicht nur profitieren die Kinder vom täglichen Aufenthalt in der Natur, auch Platz und bebaute Fläche kann eingespart werden, wenn die

Kinder sich hauptsächlich mit ihren Betreuer*innen draußen aufhalten. In Marburg und Umgebung gilt es deshalb weitere Waldkindergärten zu fördern.

Auf öffentlichen Flächen gilt es weiterhin Gemeinschaftsgarten-Projekte zu fördern (dies ist unter anderem auch im Klimaaktionsplan vorgesehen). Denn hiervon wird vielfältig profitiert: Menschen mit dem Interesse und dem Bedürfnis zu Gärtnern, die keinen eigenen Garten besitzen, können dies auf öffentlichen Flächen ausleben. Dadurch werden Kosten durch von der Stadt bezahlte Gärtner*innen gespart und eine Gemeinschaft innerhalb von Stadtvierteln und Dörfern wird durch das gemeinsame Gärtnern zusätzlich gestärkt. Um in diese Gemeinschaftsgärten Anwohner*innen und Kinder zu Naturerlebnissen einzuladen, empfiehlt es sich eine möglichst hohe Vielfalt an essbaren Nutzpflanzen, aber auch an Pflanzen, die durch andere Sinne erforschbar sind, wie Duftpflanzen, Pflanzen, die sich unterschiedlich, wie rau oder weichhaarig anfühlen, zu pflanzen. Beschilderungen mit starken Naturschutzbezug machen hier die Lernerfahrungen noch umfangreicher.

Öffentliche Flächen müssen zum Verweilen einladen, auch in heißen Sommermonaten. Begrünung und offene Wasserstellen sind dabei nicht nur für den Erholungsfaktor und für den Naturschutz dienlich, sondern senken auch die Temperaturen vor Ort, so wie in der weiteren Stadtumgebung.

7. Welches ist Ihr Konzept zur **Reduzierung der Müllmenge**, insbesondere der Verminderung von Plastikmüll?

Die Stadt Marburg hat bereits einige Projekte zur Müllvermeidung ins Leben gerufen. Beispielhaft ist hier unter anderem der Klimaschutzbecher oder auch Informationsmaterial zum Thema nachhaltiger Konsum, Recycling und Mülltrennung/-vermeidung.

Diese Maßnahmen sind aber in keiner Weise ausreichend, um eine starke Verringerung der Müllmenge zu erreichen.

Daher fordern wir die Unterstützung von Unternehmen mit alternativen Produktions- & Recyclingmethoden, um diese attraktiver für Unternehmen zu gestalten.

Die öffentlichen Sektoren müssen ihre Beschaffungspraxis auf Plastik-, Erdöl- & Palmölfreiheit umstellen. Darüber hinaus ist unser Ziel, Foodsharing (das Teilen von überschüssigen Lebensmitteln) auszuweiten, um die Verschwendung noch verzehrbare Lebensmittel so weit wie möglich einzuschränken.

Dazu sollen Apps wie "too-good-to-go" gezielt bei Gastronom*innen beworben werden. Neben der grundsätzlichen Legalisierung von Containern (das Sammeln von weggeworfenen Lebensmitteln aus den Mülleimern (Containern) der Lebensmittelindustrie), sprechen wir uns für eine bessere Zugänglichkeit der aussortierten Produkte der Lebensmittelgeschäften aus. Um Recycling und

Wiederverwertung auszuweiten, sollen Repaircafés, Möglichkeiten zur Wiederverwendung von Kleidung, Möbeln und mehr, sowie Optionen für Gemeinschaftsnutzungen, wie beispielsweise "Werkzeug-Sharing", stärker verbreitet werden.

Wir fordern auch die Reduktion von Abfall.

Zur Umsetzung dieses Ziels soll Marburg zur Zero-Waste-Kommune werden, wie es bereits einige Städte in Deutschland nach der Initiative "Zero Waste Europa" schon sind. Aber auch durch die Staffelung von Gebühren der Müllentsorgung soll ein Belohnungssystem für Müllreduktion entwickelt werden.

Ein wichtiger Ansatz zur Müllvermeidung liegt in der Bekämpfung der Ursache. Daher soll vor allem die Vermeidung von Einwegmüll im Mittelpunkt stehen. Die Verpackungen von Essenslieferdiensten sollen vollständig durch nachhaltige mehrfachverwendbare Verpackungen ersetzt werden ("Marburg-Box").

Außerdem fordern wir das Feuerwerksverbot für Privatpersonen.

8. Wie werden Durchführung und Wirksamkeit von **Ausgleichsmaßnahmen** kontrolliert, die beim Straßenbau oder bei größeren, mit Bodenversiegelung einhergehenden Bauprojekten vorgeschrieben sind?

Bei allen Bauvorhaben müssen großzügige und wirksame Ausgleichsmaßnahmen ausgeführt und überwacht werden. Oft fehlt es dabei leider an Ideen und langfristigen Strategien. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen von naturschutzfachlichen Expert*innen kontrolliert werden und die Flächen geschützt werden, dass sie nicht später im Zuge anderer Bauvorhaben selbst überbaut werden. (Näheres dazu finden Sie in unserem Wahlprogramm unter Versiegelung).

Darüber hinaus müssen dringend neue Stellen in der unteren Naturschutzbehörde, sowie Projektstellen für die Kontrolle der Ausgleichsflächen geschaffen werden. Bereits in der Genehmigung von Bauprojekten müssen außerdem Monitoring-Programme und eine ökologische Baubegleitung festgeschrieben werden.

Als Informationsquelle für Ausgleichsmaßnahmen kann der Natureg-Viewer dienen. Dieser müsste jedoch ausgebaut und überprüft werden, da zum Teil Informationen fehlen, beispielsweise zum derzeitigen Sachstand mancher Flächen.

9. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den **Anteil nicht fossiler Energieerzeugung** erhöhen?

Für eine Zukunft in der wir Energie nutzen, aber kein fossiles CO₂ in die Atmosphäre entlassen, erscheint es mir essentiell, dass wir als Gesellschaft insgesamt weniger Energie nutzen, als wir es jetzt tun. Zumal wir uns ja auch

bei einem Blick in die Zukunft eher am Ende des Erdölzeitalters befinden. Allerdings sind die Infrastrukturen unserer Gesellschaft noch auf die Nutzung von Erdöl eingestellt, das sehen wir im Bereich Mobilität, aber auch bei der noch weit verbreiteten Dieselheizung.

Die Energieerzeugung der Zukunft basiert auf der Nutzung von Wind und Sonne zur Stromerzeugung und zur direkten Wärmeerzeugung durch Solarthermie. Die postfossile Zukunft bedeutet natürlich auch, dass wir den Strom, den wir in der Region brauchen auch möglichst vor Ort produzieren und Wertschöpfung in der Region halten. Für die Errichtung neuer Anlagen im Landkreis stehen zum einen die Dachflächen von Gebäuden zur Verfügung. In bewohnten Gebieten kann mit Hausdachanlagen als Hybride aus Photovoltaik, Solarthermie und Kleinwindkraftanlagen

(http://www.myskywind.com/?gclid=EAIaIQobChMImt2e_d337gIVgdOyCh04eQq2EAAAYAiAAEgKHK_D_BwE) auch ganzjährig Strom erzeugt werden, der bei Bedarf direkt verbraucht und sonst ins Netz eingespeist werden kann. Für kommunale Gebäude und deren Beheizung ist konsequent auf Elektrifizierung durch erneuerbare Energie zu setzen und sollte so schnell wie möglich gehandelt werden. Für die privaten Haushalte braucht es Anreize, Förderung und Bildung, zum Beispiel auch durch regionale Zertifikate.

In der Fläche braucht es moderne Windkraftanlagen und Photovoltaik-Großanlagen. Die Formel dabei ist natürlich, dass wir für Energiehunger mit solchen Elementen in der Landschaft bezahlen. Hier gibt es reichlich Zielkonflikte für die wir kommunikative Lösungen brauchen. Viele Windkraftanlagen werden durch Bürger*inneninitiativen verhindert oder zumindest durch Verfahren in der Umsetzung blockiert. Oftmals werden hier auch wissenschaftlich nicht haltbare Argumente zur Mobilisierung genutzt. Eine Idee wäre es direkt Ortsbeiräte zu fragen wo der Widerstand gegen Windkraftanlagen gering ist.

Doch dies kann nur geschehen nachdem der Landkreis und die Stadt zusammen erfasst haben, wie viel Strom aus Erneuerbaren Energien für eine energieautarke Region gebraucht wird, flankiert von wissenschaftlich fundierten Beiträgen in den Gemeinden. So kann eine Karte der relativen Akzeptanz räumlicher Nähe zu Windkraftanlagen aus Bürger*innenbeteiligung entstehen. Durch ein Abgleichen dieser Karte mit Karten von Vogelrouten und Windpotentialen sowie Natureg und dem lokalen Wissen von im Naturschutz aktiven Gruppen oder Personen können wir die wahrscheinlichsten Orte für naturverträgliche Windkraftanlagen finden. Für Standorte in bewaldeten Gebieten muss zudem geprüft werden, welche Schadh Holzstandorte geeignet wären für Windkraftanlagen und klimaresiliente Aufforstung.

Photovoltaik-Großanlagen sind durchaus mit landwirtschaftlicher Nutzung vereinbar. Für landwirtschaftliche Betriebe können so Erträge aus Mehrfachnutzung entstehen, Weide, Acker oder Obstplantage und Stromerzeugung. Auch hier müssen die Wege in der Verwaltung geebnet werden um solche Nutzungen zu ermöglichen und auch zu fördern.

Photovoltaik-Flächen können aber auch dem Artenschutz dienen, wenn zuvor intensiv genutzte Standorte nach Errichtung der Anlage extensiv bewirtschaftet und Habitate geschaffen werden. Die Stromerzeugung in der Region sollte im besten Fall ein Erfolgsprojekt mit Bürger*innenbeteiligung sein, an dem Bürger*innen auch finanziell beteiligt sind.

10. Haben Sie ein Konzept zur energetischen Nutzung der **Wasserstofftechnologie**?

Das Förderprojekt Wasserstoffregion Marburg-Biedenkopf besteht ja bereits und wird vom Bundesverkehrsministerium als Teil des HyStarter-Projektes gefördert. Dabei wird der Landkreis als eine von deutschlandweit neun Wasserstoffregionen bei der Erarbeitung einer „Wasserstofflandkarte für die Region“ unterstützt. Schwerpunktthemen sind i) Wasserstoff als Teil des Energiesystems, ii) Wasserstoffeinsatz im Schwerlastverkehr und ÖPNV, iii) Know-How für Wasserstofftechnikprodukte als neue Geschäftsfelder und iv) Wasserstoff in Bildung und Wissenschaft.

Elektrifizierung des Schwerlastverkehrs bzw. Umstellung auf Wasserstoff-Antriebe

im Rahmen des Förderprojekts Wasserstoffregion Marburg-Biedenkopf ist eine Forderung aus unserem Wahlprogramm. Ebenso wie die Prüfung der Möglichkeit zur Errichtung eines „Power-to-X“-Forschungsstandorts, beispielsweise um grünen Wasserstoff oder E-Brennstoffe wie E-Diesel oder E-Kerosin herzustellen.

11. Welche **Waldgebiete** in der Stadt wollen Sie ganz **aus der wirtschaftlichen Nutzung** herausnehmen?

Die Wälder sind eine wichtige Ressource, da sie CO₂ in Biomasse binden und gleichzeitig wichtige Habitate für eine Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten darstellen. Deshalb ist ein hoher Schutz und ein nachhaltiger und verantwortungsbewusster Umgang mit den Wäldern unumgänglich, wenn wir das Klima und die Artenvielfalt schützen wollen.

Eine wichtige Strategie hierbei ist es große Waldgebiete ganz aus der wirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen und sich ganz darauf zu konzentrieren in diesen Wäldern wieder einen stabilen und widerstandsfähigen Baumbestand zu fördern.

Jedoch können manche Nutzungsformen bei bestimmten Beständen auch aus Klima- und Naturschutzgründen sinnvoll sein. Denn Holz bindet Kohlenstoff, gerade schnell wachsende Baumarten tun dies in vergleichsweise kurzer Zeit. Zudem brauchen wir Holz als nachhaltigen Baustoff.

Deshalb haben wir es als Klimaliste ganz bewusst nicht ins Wahlprogramm geschrieben, welche Waldgebiete wir für welche Art der Nutzung, oder sogar

für gar keine Nutzung, vorschlagen. Hier reicht nicht "aus dem Gefühl" oder auch aus Expert*innenmeinungen einzelner Personen heraus Entscheidungen zu treffen. Denn wir sind hier mit einem komplexen Zusammenspiel verschiedenster Interessen konfrontiert: Biodiversität erhalten, Holz nutzen, Klimaschutz, Klimaanpassung, aber auch Naherholung. Auch kommt es immer auf den einzelnen Waldbestand an. Gerade in Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebieten bietet sich zum Beispiel eine Entbindung aus der wirtschaftlichen Nutzung an.

Um konkrete Waldgebiete auszuweisen, bedarf es also einer intensiven Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden (wie Ihnen!), verschiedensten Expert*innen und Naturschutzbehörden, damit eine maximale Güte in der Entscheidungsfindung sichergestellt werden kann. Natur-, Arten- und Klimaschutz sollten dabei jedoch stets die oberste Priorität darstellen.

12. In den letzten Jahren sind immer mehr **Schottergärten** entstanden. Welches Konzept haben Sie, diese zu untersagen? Das betrifft auch den Görzhäuser Hof II.

Die Klimaliste Marburg fordert Schottergärten zu verbieten: Begrünte Gärten verbessern das Stadtklima, lassen Wasser einsickern und bieten im besten Falle Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten.

Besitzer*Innen von Privatgärten sollen zu naturnahem Gärtnern ermutigt und beraten werden. Das Umgestalten zum Naturgarten soll gefördert werden. Ebenso förderungswert ist das Entsiegeln oder Teilentsiegeln von zum Beispiel Stellplätzen oder Hofflächen.

13. Was halten Sie von dem Vorschlag des Magistrats künftige **Gewerbeflächen** im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet der Lahn (Marburg Süd) auszuweisen?

Mit der Neuerschließung von Gewerbeflächen sollte generell sehr sparsam umgegangen werden. Eine Erschließung der Lahnauen für ein Gewerbegebiet ist weder aus Sicht des Natur- noch aus Sicht des Klimaschutzes hinnehmbar. Über den Druck durch die Stadt Marburg und den Kreis Marburg-Biedenkopf sollte hier ein Umdenken bezüglich der zu meldenden Flächen im Regierungspräsidium Gießen forciert werden.

Überhaupt sollte an Gewässern und Ufern keine Verbauung stattfinden, sondern diese wenn möglich sogar weiter entsiegelt und renaturiert werden, da es sich um wertvolle Habitate der heimischen Artenvielfalt handelt.

14. Sehen Sie die Möglichkeit weitere **Bodenversiegelung** in Gewerbegebieten zu reduzieren, indem zukünftig nur noch mehrgeschossige Gebäude genehmigt werden?

Dazu hat die Klimaliste noch kein Konzept, ich halte es jedoch für eine interessante Idee. Wir laden Sie gerne dazu ein, eine solche Strategie mit uns gemeinsam zu diskutieren, sodass sie gegebenenfalls in kommende Wahlprogramme übernommen werden kann.

...